

# Aktuelles aus der psychosozialen Fach- und Berufspolitik der DGVT und des DGVT-BV

Ausgabe 6/2019 – 3. September 2019

## Inhalt

- » Aus der DGVT
- » Berichte aus den Landesgruppen
- » Fach- und berufspolitische Informationen
- » Kleine Anfragen der Fraktionen im Bundestag
- » Kinder und Jugendliche
- » Angestellte
- » Niedergelassene
- » Regionales
- » Termine – DGVT-Fortbildung
- » Termine – DGVT-BV-Fortbildung
- » Termine – Tagungen
- » Termine der Landesgruppen

Liebe Mitglieder,

die parlamentarische Sommerpause neigt sich dem Ende zu. Die Gesetzesmaschinerie von Herrn Spahn dreht sich weiter. Ende September steht die 2. und 3. Lesung zur Reform des Psychotherapeutengesetzes auf der Tagesordnung. Nachdem ein erster Vorschlag der Ergänzung der Psychotherapie-Richtlinie durch eine „gestufte und gesteuerte Versorgung“ psychisch kranker Menschen – auch nach heftigen Protesten von Patient\*innen-Vertretungen und zahlreichen Fachverbänden, darunter die DGVT – aus dem Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) gestrichen wurde, ist nun als Anhang im Ausbildungsreformgesetz ein neuerlicher Vorschlag zu finden, der die Grundidee der gestuften und gesteuerten Versorgung wieder aufgreift. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Novellierung des Psychotherapeutengesetzes sieht vor, dass die zukünftigen Absolvent\*innen eines Psychotherapiestudiums psychotherapeutische Kompetenzen erwerben sollen, die grundlegend zur Behandlung aller Altersstufen befähigen und somit die bisherigen zwei psychotherapeutischen Berufe zukünftig zu einem zusammengeführt werden sollen. Was bedeutet diese Änderung für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut\*innen, die noch nach aktuell gültigem Recht ausgebildet worden sind bzw. ausgebildet werden? Ist ihre Sorge, von zukünftigen Entwicklungen des Berufsstands abgehängt zu werden, berechtigt? Hierzu unterhalten sich Günter Ruggaber und Michael Borg-Laufs.

Viel Spaß beim Lesen und einen schönen Sommer wünscht Ihnen das Redaktionsteam.

Mit den besten Grüßen,

*Waltraud Deubert, Kerstin Burgdorf und das Team aus der Bundesgeschäftsstelle*

# Aus der DGVT

---

- **DMP Depression: Keinerlei Lernkurve beim G-BA**  
DGVT und DGVT-Berufsverband fordern in einer Stellungnahme und in einem Schreiben an das Bundesgesundheitsministerium, die Ausgrenzung von Psychotherapeut\*innen im neuen Disease Management Programm (DMP) bei Depressionen zu korrigieren.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Festschreibung einer Benachteiligung? – Übergangsregelungen für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut\*innen im Rahmen der Ausbildungsreform**  
Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Novellierung des Psychotherapeutengesetzes sieht vor, dass die zukünftigen Absolvent\*innen eines Psychotherapiestudiums psychotherapeutische Kompetenzen erwerben sollen, die grundlegend zur Behandlung aller Altersstufen befähigen und somit die bisherigen zwei psychotherapeutischen Berufe zukünftig zu einem zusammengeführt werden sollen. Was bedeutet diese Änderung für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut\*innen, die noch nach aktuell gültigem Recht ausgebildet worden sind bzw. ausgebildet werden? Ist ihre Sorge, von zukünftigen Entwicklungen des Berufsstands abgehängt zu werden, berechtigt? Wir haben mit Michael Borg-Laufs und Günter Ruggaber zwei Experten befragt und um ihre Einschätzungen gebeten.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Stellungnahme der DGVT über eine Änderung der Richtlinie über die Durchführung der Psychotherapie (Psychotherapie-Richtlinie): Systemische Therapie bei Erwachsenen**  
Wir nehmen in unserer Stellungnahme „Änderung der Richtlinie über die Durchführung der Psychotherapie (Psychotherapie-Richtlinie): Systemische Therapie bei Erwachsenen“ Bezug auf unsere Positionierung vom 3. September 2018 („[Stellungnahme der DGVT zum Bewertungsverfahren Systemische Therapie für Erwachsene als Richtlinienverfahren](#)“). Daran anknüpfend geht es nun um die Frage, welcher Behandlungsumfang angemessen ist, damit alle Patient\*innengruppen ausreichend versorgt sind.  
Weitere Informationen finden sie [hier](#)
- **Für Toleranz und gegen Stigmatisierung psychisch erkrankter Menschen – DGVT und DGVT-Berufsverband rufen zur Beteiligung an den Aktionswochen für seelische Gesundheit 2019 und der „Aktion Grüne Schleife“ auf**  
Nach dem Welttag der Suizidprävention am 10. September gibt es in diesem Jahr weitere Veranstaltungen und Aktionen, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Um den 10. Oktober 2019 herum finden die jährlichen bundesweiten Aktionswochen für die seelische Gesundheit statt. Auch der Welttag der seelischen Gesundheit, ausgerufen von der World Federation for Mental Health (WFMH), widmet sich in diesem Jahr dem Thema Suizidprävention.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Online-Befragung zu Suizidalität – PM der DGVT zum Welttag der Suizidprävention 2019**  
Das Projekt „Suizidprävention Deutschland“ will Defizite beschreiben und Empfehlungen entwickeln. Es ist eine Initiative des Nationalen Suizidpräventionsprogramms für Deutschland und der Deutschen Akademie für Suizidprävention (<https://www.akademie-suizidpraevention.de>) und wird vom Bundesgesundheitsministerium gefördert sowie von der Bundes- und vielen Landespsychotherapeutenkammern unterstützt.  
Die DGVT empfiehlt, sich an der Online-Befragung zu beteiligen und die Fragebögen bis spätestens 30. September 2019 auszufüllen.  
Um die Öffentlichkeit auf die Problematik der Suizidalität aufmerksam zu machen, findet alljährlich der Welttag der Suizidprävention statt. Er wurde von der International Association for Suicide Prevention (IASP) und der Weltgesundheitsorganisation WHO im September 2003 erstmals ausgerufen. In diesem Jahr steht der Welttag unter dem Motto „Hand in Hand für Suizidprävention“.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Unterstützung des „Global Climate Strike“ der Fridays For Future: Gesundheitsblock in der Demo am 20. September in Berlin**

Die DGVT unterstützt gemeinsam mit dem Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää) den Global Climate Strike der Fridays for Future. Am Freitag, 20. September, ruft die Fridays for Future-Bewegung zu einem Global Climate Strike auf, weil in der darauf folgenden Woche in New York die Mitgliedsstaaten der UN eine weitere Klimagipfel-Konferenz abhalten. Dazu rufen sie auch ihre „erwachsenen Verbündeten“ auf, sich an den Aktivitäten zu beteiligen. Es begann mit Groß-Demos am Freitag, 20. September, danach folgte eine Aktionswoche bis zum darauf folgenden Freitag. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Hürden weiter erhöht. Bundesregierung ignoriert Probleme in der Versorgung psychisch kranker Geflüchteter – Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion "Die Linke" im Bundestag**

Die Bundesregierung sieht keinerlei Verbesserungsbedarf bei der psychischen Versorgung Geflüchteter. Die entsprechenden Fragen und Hinweise in der Kleinen Anfrage der Linken wurden mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit der Länder abgetan. Damit setzt sich fort, was die DGVT bereits seit dem Jahr 2014 wiederholt in zahlreichen Stellungnahmen, Presseinformationen und Anschreiben an politisch Verantwortlich kritisiert hat: Statt niedrigschwellige bundeseinheitliche Angebote zu schaffen, die sich an der Psychotherapie-Richtlinie orientieren, und diese verlässlich zu finanzieren, werden Verantwortlichkeiten hin und her geschoben. Weitere Informationen finden Sie [hier](#). Die Antwort der Bundesregierung auf die DGVT-Stellungnahme ist [hier](#) nachzulesen.
- Die rote Laterne endlich abgeben – DGVT fordert mehr Initiative gegen Tabakkonsum**

Die DGVT hat in einer Stellungnahme vom 07.08.2019 begrüßt, dass sich Bundeskanzlerin Angela Merkel für ein Verbot von Tabakwerbung ausgesprochen hat, das in der Unionsfraktion im Bundestag hochumstritten ist. Die Kanzlerin räumte ein, dass dieses Thema in ihrer eigenen Fraktion sehr konträr diskutiert werde. In der vergangenen Wahlperiode war ein Anlauf für ein Außenwerbeverbot am Widerspruch der Union gescheitert. Die DGVT schließt sich der Forderung der Kanzlerin an, dass die Bundesregierung den bereits in der vorletzten Legislaturperiode verabschiedeten Gesetzentwurf für ein Verbot der Tabakaußenwerbung endlich in den Bundestag einbringt. Wie bereits in einer Stellungnahme der DGVT vom Februar 2017 dokumentiert, ist Deutschland – neben Bulgarien – das einzige Mitgliedsland der Europäischen Union, in dem immer noch Plakat- und Kinowerbung für Tabakprodukte zugelassen wird. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Die PiA-AG informiert über das kommende PiA-Politik-Treffen**

Das 16. PiA-Politik-Treffen (PPT) findet am Sonntag, den 29.09.19, in Frankfurt am Main statt. Eingeladen sind alle PiA und berufspolitisch Interessierte, die sich über den Stand der anstehenden Reform des Psychotherapeutengesetzes informieren wollen. Das Organisationsteam hat unter dem Motto „Was wird die Norm nach der Reform? Info. Vernetzung. Aktion.“ wieder ein interessantes Programm auf die Beine gestellt: Das verbandsübergreifende PiA-Politik-Treffen setzt sich seit 2012 für die Verbesserung der Ausbildungssituation angehender Psychotherapeut\*innen ein. Durch das jahrelange stetige Engagement ist das PPT inzwischen bundesweit bekannt. Landes- und Bundespolitiker\*innen interessieren sich für die Meinung des PPT und somit der beruflichen Nachwuchses, auch Vertreter\*innen der BpTK nehmen regelmäßig für Vorträge an den Veranstaltungen des PPT teil. So ist ein fruchtbarer Austausch, insbesondere zur Ausbildungsreform, entstanden. Zuletzt war das PPT mit seiner Stellungnahme sowohl im Bundesgesundheitsministerium als auch im Gesundheitsausschuss des Bundestages zur Anhörung eingeladen.

Auch die DGVT unterstützt seit mehreren Jahren das PPT finanziell und personell, Mitglieder aus der PiA-AG der DGVT sind Teil des Organisationsteams. Die Teilnahme am PPT ist kostenfrei. Alle weiteren Informationen zu Anmeldung, Anfahrt und den Stellungnahmen des PPT sind [hier](#) zu finden.

## Berichte aus den Landesgruppen

---

- **Landesbericht Baden-Württemberg**

Wie angekündigt fand am 11.07.2019 die Fachtagung Rehabilitation des DWW für Württemberg statt – unter dem Motto "Erfolgsmodell ambulante Reha". Wie immer standen die Erfahrungen und Aufgaben der Ambulanten Rehabilitation Sucht (ARS) im Mittelpunkt. [Hier](#) finden Sie den gesamten Bericht „Wechsel in der Federführung für die ambulante Suchtrehabilitation von der DRV-Bund zur DRV Baden-Württemberg – zum Zweiten.“

## Fach- und berufspolitische Informationen

---

- **BMG: Rahmenplan Ressortforschung – Handlungsfelder und Schwerpunkte 2019–2022**

Das Bundesgesundheitsministerium hat einen neuen Forschungsplan vorgestellt. Der Rahmenplan Ressortforschung 2019–2022 skizziert in sechs übergeordneten gesundheitspolitischen Handlungsfeldern die Forschungsthemen, die das Gesundheitsministerium in den kommenden Jahren adressieren möchte: Digitalisierung, Demografischer Wandel und Pflege, Gesundheitsversorgung, Gesundheitskompetenz und Patientenorientierung, Globale Gesundheit, Gesundheitsförderung und Prävention. Der Rahmenplan Ressortforschung stellt die sechs Handlungsfelder für den Zeitraum vor und ordnet sie gesundheitspolitisch ein.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **BMBF: Förderbekanntmachung Forschung in der Palliativversorgung**

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat eine „Richtlinie zur Förderung von Forschung in der Palliativversorgung - Weiterförderung erfolgreicher Verbundprojekte“ veröffentlicht. Ziel der Fördermaßnahme ist es, die Forschung in der Palliativversorgung in Deutschland international sichtbar zu machen, einen Beitrag zur Verbesserung und Evidenzbasierung der Therapieverfahren zu leisten sowie Impulse für eine Verbesserung der Qualität der Forschung zu setzen. Dazu beabsichtigt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), aufbauend auf der bisherigen Richtlinie zur Förderung von Forschung in der Palliativversorgung, erfolgreiche Verbundprojekte der bisherigen Fördermaßnahme weiter zu fördern.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Weitere acht gesetzliche Krankenkassen haben sich der Gesundheits-App Vivy angeschlossen**

Die BKK Pfalz, BKK Verbund Plus, BKK Freudenberg, SKD BKK, BKK EWE, BKK VDN, SBK und die actimonda Krankenkasse haben sich der Gesundheits-App Vivy angeschlossen. Damit hat nun rund ein Viertel der Krankenversicherten Zugang zu Vivy. Neben der Funktion einer elektronischen Gesundheitsakte, steht Vivy den Nutzer\*innen jederzeit als digitale Gesundheitsassistentin zur Seite. Damit steht die App jetzt 29 gesetzlichen Krankenkassen und vier privaten Krankenversicherungen und rund 19,4 Millionen Versicherten zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Förderprogramm: Krankenkassen unterstützen Maßnahmen für Benachteiligte in Kommunen**

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) unterstützt mit dem Förderprogramm „GKV-Bündnis für Gesundheit“ gesundheitlich Benachteiligte in den Kommunen. Dafür geben die Kassen in den kommenden vier Jahren 46 Millionen Euro aus. Bezirke, Kreise und kreisfreie Städte können Maßnahmen fördern lassen. Das Förderprogramm soll Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, mit Behinderungen oder Einschränkungen, ältere Menschen sowie Kinder und Jugendliche aus sucht- und/oder psychisch belasteten Familien vor Ort unterstützen. Gefördert werden Maßnahmen, die gesundheitsförderliche Lebensbedingungen schaffen, Gesundheit und Gesundheitskompetenz fördern. Die Kommunen können mit Sportvereinen, Beratungsstellen, Nachbarschaftseinrichtungen oder Wohlfahrtsverbänden kooperieren. Laut GKV-Spitzenverband können 422 Kommunen einen Antrag stellen. Sie können für die kommenden vier Jahre ein qualitativ hochwertiges Konzept einreichen und bis zu

110.000 Euro dafür erhalten. Die Kommunen beteiligen sich mit einem Eigenanteil zwischen 20 und 30 Prozent. Beim Programmbüro des „GKV-Bündnisses für Gesundheit“ im jeweiligen Bundesland erhalten sie Informationen zu Förderkriterien und -bedingungen und bekommen Hilfe, um das Vorhaben zu skizzieren. Alle 109 gesetzlichen Krankenversicherungen tragen das Anfang des Jahres gestartete Programm. Es setzt die im SGB V fixierten Bemühungen zur Weiterentwicklung und Umsetzung von Gesundheitsförderung und Prävention fort. Nachdem zunächst Strukturen aufgebaut und Konzepte entwickelt wurden, geht es nun an die Umsetzung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Datenspende oder Datenteilungspflicht?**

**Standpunkte: Wie funktioniert ein lernendes Gesundheitssystem?**

Ein lernendes Gesundheitssystem, das Daten nutzt, die im Gesundheitswesen, aber auch im Alltag erhoben werden, um die Versorgung zu verbessern – dieser Zielvorstellung widmet sich ein Forschungsprojekt. „Lernbedarf gibt es zuhauf, Lernmöglichkeiten eigentlich auch – wir nutzen sie aber nicht, weil ein Großteil der Daten, die täglich anfallen, nicht ausgewertet wird. Jedenfalls nicht im Rahmen solider Forschungsprojekte und -strategien“, konstatiert Prof. Christiane Woopen, Direktorin des Cologne Center for Ethics, Rights, Economics, and Social Sciences of Health (ceres). Um Gesundheitsdaten für Forschungszwecke verfügbar zu machen, gilt es, eine Vielzahl von Fragen zu klären – methodischer, juristischer, ethischer Art. Dieser Aufgabe widmet sich das Projekt „Ethical Governance für ein lernendes Gesundheitssystem“, an dem ceres-Wissenschaftler\*innen mit Kolleg\*innen von der Forschungsstelle Datenschutz und dem Institut für europäische Gesundheitspolitik und Sozialrecht (ineges), Goethe-Universität Frankfurt, arbeiten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Bundeskabinett beschließt Angehörigen-Entlastungsgesetz**

Die Bundesregierung hat am 14. August 2019 das Gesetz zur Entlastung unterhaltsverpflichteter Angehöriger in der Sozialhilfe und in der Eingliederungshilfe (Angehörigen-Entlastungsgesetz) im Kabinett verabschiedet und somit in das parlamentarische Verfahren eingebracht. Mit dem Gesetz werden unterhaltsverpflichtete Eltern und Kinder von Leistungsbeziehern der Sozialhilfe finanziell spürbar entlastet. Darüber hinaus schafft das Gesetz Planungssicherheit für Menschen mit Behinderungen durch die dauerhafte Absicherung der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung. Mit der Einführung eines Budgets für Ausbildung ist künftig zudem eine breitere Förderung von Menschen mit Behinderungen in Ausbildung möglich.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Referentenentwurf der Bundesregierung eines Gesetzes zur Stärkung von Rehabilitation und intensiv-pflegerischer Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Reha- und Intensivpflege-Stärkungsgesetz–RISG)**

Bei einer Rehabilitation soll es für Versicherte nach Plänen von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) leichter werden, sich eine bestimmte Einrichtung auszuwählen. Wollen sie in eine andere Einrichtung als von der Krankenkasse vorgesehen, sollen die Mehrkosten nur noch zur Hälfte zu übernehmen sein – und nicht mehr vollständig wie bisher. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, den das Ministerium zur Abstimmung an Länder und Verbände verschickt hat. Gestärkt werden soll außerdem der Grundsatz „Reha vor Pflege“. Dafür sollen ältere Menschen schneller und leichter an Reha-Maßnahmen kommen können. Wenn ein\*e Arzt\*in es verordnet, soll die Krankenkasse beim Antrag nicht mehr überprüfen, ob die Reha medizinisch erforderlich ist. Bei einer geriatrischen Rehabilitation soll zudem die bisherige Höchstdauer zur Regeldauer erklärt werden – nämlich 20 Tage bei ambulanter Behandlung und drei Wochen bei stationärer Behandlung.

Der Referentenentwurf sieht vor, dass Leistungen der außerklinischen Intensivpflege „regelmäßig“ in vollstationären Pflegeeinrichtungen oder in speziellen Intensivpflege-Wohneinheiten erbracht werden. Für beide sollen strengere Qualitätsanforderungen gelten. Die Eigenanteile, die Versicherte bei Inanspruchnahme von Leistungen der außerklinischen Intensivpflege leisten müssen, sollen gesenkt werden. Nur „in Ausnahmefällen“ soll eine außerklinische Intensivpflege noch zu Hause „oder sonst an einem geeigneten Ort erbracht werden“, heißt es im Entwurf. Leistungen der außerklinischen Intensivpflege sollen zudem nur noch von Leistungserbringern erbracht werden, die besondere Anforderungen

erfüllen. Dazu gehören der Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit ärztlichen und weiteren nichtärztlichen Leistungserbringern sowie ein regelhaftes internes Qualitätsmanagement.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Der Gesetzentwurf sieht also vor, dass Menschen mit besonders hohem Bedarf an medizinischer Behandlungspflege keinen Anspruch mehr auf häusliche Krankenpflege haben. Die Betroffenen sollen künftig in stationären Pflegeeinrichtungen und besonderen Wohneinheiten gepflegt und behandelt werden. Nur Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren sind von dieser Regelung ausgenommen. Aus Protest gegen Spahns Pläne rief ein Aktionsbündnis aus mehreren Vereinen und Verbänden dazu auf, sich zum Rundgang des Ministers beim Tag der offenen Tür vor dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) zu versammeln. Zudem wurde eine Petition ins Leben gerufen, die das RISG stoppen soll und online bereits über 50.000 Unterzeichner\*innen gefunden hat. Unter dem Hashtag #NichtMeinGesetz berichten Betroffene von den möglichen Auswirkungen des Gesetzentwurfs.

- **Wohnungslosenberichterstattungsgesetz: Paritätische Stellungnahme**

Mit dem vorliegenden Referentenentwurf wird die Paritätische Forderung einer bundesweiten Wohnungslosennotfallstatistik als notwendige empirische Grundlage für sozial- und wohnungspolitische Maßnahmen grundsätzlich umgesetzt. Er trägt dazu bei, ein gravierendes Defizit der Sozialberichterstattung in Deutschland zu überwinden. Denn nur mit Hilfe belastbarer Informationen und Daten können zielgruppenspezifische Hilfen und damit verbunden auch wohnungspolitische Maßnahmen ergriffen und umgesetzt werden. Demnach sollen jährlich zu einem festgelegten Stichtag Personen in die Erhebung einbezogen werden, die in Not- oder Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind oder Personen, die in (teil-)stationären, bzw. betreuten Wohnformen der Wohnungslosenhilfe freier Träger Räume zur Verfügung gestellt bekommen. Dass über die amtliche jährliche Statistik hinaus regelmäßig, mindestens aber alle zwei Jahre, ein Bericht über Formen der Wohnungslosigkeit, die nicht in der Statistik erfasst werden sind, erscheinen soll, begrüßt der Paritätische Gesamtverband ebenfalls. Damit besteht die Möglichkeit, auch die sogenannte versteckte Wohnungslosigkeit in den Blick zu nehmen.

Den Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales finden Sie [hier](#).

Die Stellungnahme des Paritätischen finden Sie [hier](#).

- **Gesundheitsversorgung von Minderheiten**

Wie ist es um den gleichberechtigten Zugang von Minderheiten zur Gesundheitsversorgung bestellt? Das untersuchen Wissenschaftler\*innen an der Universität Ulm in vier europäischen Ländern. Dabei analysieren sie, wie entsprechende EU-Richtlinien in nationales Recht umgesetzt werden und wie die Versorgungsrealität aussieht. Die Europäische Union und das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördern das Projekt mit insgesamt einer Million Euro.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Adipositas-Patient\*innen und das Systemversagen der GKV**

Der Umgang mit Adipositas-Patient\*innen offenbart die Grenzen des Solidarsystems der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Während die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Fettsucht als Krankheit anerkennt, schiebt man sie im deutschen Versorgungssystem in den Lifestyle-Bereich ab. Die Folge: Patient\*innen werden auf der Suche nach wirksamen Therapien zum Bittsteller, während das System an den teuren Folgeerkrankungen herumdoktert. Für die WHO ist Adipositas eine der größten Public-Health-Herausforderungen unserer Zeit. Die Erkrankung habe bereits epidemische Ausmaße erreicht: Weltweit sterben mindestens 2,8 Millionen Menschen jährlich an den Folgen von Übergewicht und Fettsucht. Schätzungen zufolge sind in der Europäischen Region der WHO 23 Prozent aller Frauen und 20 Prozent aller Männer adipös. Übergewicht und Adipositas sind erhebliche Risikofaktoren für eine Reihe chronischer Krankheiten wie Diabetes, kardiovaskuläre Erkrankungen und Krebs. Der Trend zur Fettleibigkeit macht auch vor Deutschland nicht Halt. Das belegen verschiedene Auswertungen des Robert Koch-Instituts, Mikrozensus-Daten und Versorgungsreports von Krankenkassen wie der Barmer oder der DAK. Aber werden übergewichtige Personen auch behandelt? Und wie? Tatsächlich lässt sie die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung vielfach im Stich.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Prävention & Demokratieförderung**  
**Gutachterliche Stellungnahmen zum 24. Deutschen Präventionstag**

Das Schwerpunktthema des 24. Deutschen Präventionstages lautete „Prävention & Demokratieförderung“ und richtete damit den Fokus auf einen ebenso grundlegenden wie umfassenden Themenkomplex. Die Beschäftigung mit dem Verhältnis zwischen der demokratischen Gesellschaftsordnung sowie deren Stabilisierung und der Prävention von Radikalisierung, Bedrohung, Gewalt- und anderer erheblicher Kriminalität lag in diesem Jahr angesichts aktueller populistischer Tendenzen sowie extremistischer Infragestellungen nahe.

Der im Juli 2019 veröffentlichte Band beginnt mit der Berliner Erklärung, die getragen wird vom Deutschen Präventionstag und seinen Veranstaltungspartnern: dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), dem DBH - Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik, dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK), der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) und dem WEISSEN RING e.V. Im Anschluss daran finden sich die fünf gutachterlichen Stellungnahmen zum 24. Deutschen Präventionstag. Sie beleuchten das Zusammenspiel wie auch die Abgrenzungen zwischen Prävention und Demokratieförderung aus den Disziplinen Geschichtswissenschaft, Sozialpsychologie, Soziologie, (Sozial-)Pädagogik und Entwicklungspsychologie.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Kennzahlenvergleich der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger (BAGüS) im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach dem SGB XII**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger (BAGüS) erhebt seit 1998 Kennzahlen im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nach dem SGB XII. Der Kennzahlenvergleich enthält Informationen zum Wohnen (stationär betreutes Wohnen, ambulant betreutes Wohnen, Wohnen in Pflegefamilien) und zur Arbeit und Beschäftigung (Werkstätten für Menschen mit Behinderungen – WfbM und Tagesförderstätten). Der Kennzahlenvergleich liefert Informationen über bundesweite Trends und Entwicklungen. Entscheidungsträger erhalten durch den Kennzahlenvergleich steuerungsrelevante Struktur-, Fall- und Finanzdaten.

Die BAGüS hat nun den Bericht 2017 (Stand März 2019) veröffentlicht. Laut Bericht beeinflussen einzelne Regelungen des Bundesteilhabegesetzes, das zum 01.01.2017 stufenweise in Kraft getreten ist, die Ergebnisse des aktuellen Berichts, wie z. B. die Verdoppelung des Arbeitsförderungsgeldes und neue Anrechnungsgrenzen bei Einkommen und Vermögen für Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen.

Den Kennzahlenvergleich finden Sie [hier](#).
- Zweiter und dritter Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

Der Bericht wurde dem Bundestag als Unterrichtung zugeleitet.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Was Spahns Umbaupläne im System auslösen können**

Die Grenze zwischen dem stationären und dem ambulanten Sektor soll durchlässiger werden. Dafür steht Gesundheitsminister Jens Spahns Projekt einer sektorenübergreifenden Notfallversorgung. Pate stand der Sachverständigenrat.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Spahn plant Runden Tisch zu Ärzteliste für Abtreibungen**

Eigentlich sollte ein Kompromiss den Streit um mehr Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen befrieden. Weil eine vorgesehene Liste noch sehr kurz ausfällt, bricht die Auseinandersetzung aber wieder auf.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Grenzen journalistischer Recherche: Heimliche Aufnahmen in psychiatrischer Klinik unzulässig. Keine Anwendung der DSGVO wegen des Medienprivilegs im Rundfunkstaatsvertrag.**  
Verdeckt erlangtes Ton- und Filmmaterial kann einen Unterlassungsanspruch begründen, auch wenn es nicht gesendet wird. Bereits die Weitergabe an Dritte kann das allgemeine Persönlichkeitsrecht verletzen und Straftatbestände erfüllen. Dies geht aus einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Köln hervor.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Innovationsausschuss entscheidet über Förderung von 59 weiteren Projekten zur Versorgungsforschung**  
Der Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) hat am 16.08.19 die Förderung weiterer Projekte zur Versorgungsforschung beschlossen. Auf die fünf Förderbekanntmachungen vom Herbst 2018 sind insgesamt 197 Projektanträge eingegangen. Den Antragstellern werden nun die Begutachtungs- und Bewertungsergebnisse des Expertenbeirats und des Innovationsausschusses mitgeteilt. Die Förderbescheide werden nach dem Ablauf der verbindlichen Rückmeldefrist erstellt und versendet.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Geschäftsbericht des G-BA 2018 liegt vor**  
Die Geschäftsberichte des G-BA bieten eine detaillierte Übersicht über die bisherige Arbeit des Gremiums. Hier können Sie nachlesen, welche Beschlüsse die Unterausschüsse des G-BA vorbereitet haben und wie die Entscheidungen zustande gekommen sind. Die Geschäftsberichte bieten stets eine ausführliche Kommentierung des jeweiligen Jahres durch die unparteiischen Mitglieder des G-BA. Der aktuelle Geschäftsbericht liegt auch in gedruckter Form vor und kann per E-Mail an [info@g-ba.de](mailto:info@g-ba.de) in der Geschäftsstelle angefordert werden.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Kleine Anfragen der Fraktionen im Bundestag

---

- Personal des Gesundheitsministeriums**  
Die FDP-Fraktion interessiert sich für die Stellen im Bundesgesundheitsministerium und die damit verbundenen Personalkosten. Seit der Regierungsbildung 2018 sei die Stellenzahl im Ministerium deutlich gestiegen. Die Abgeordneten erkundigen sich in einer Kleinen Anfrage im Detail nach dem Stellenplan.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Gesundheitskarte für Asylsuchende**  
„Gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne Papiere, Asylsuchenden und Flüchtlingen ohne Aufenthaltstitel“ lautet der Titel einer Kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke. Darin erkundigt sich die Fraktion danach, in welchen Bundesländern nach Kenntnis der Bundesregierung flächendeckend die Gesundheitskarte für Asylsuchende eingeführt wurde. Auch will sie wissen, in welchen Bundesländern „der anonyme Krankenschein für Menschen ohne Papiere oder Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus“ eingeführt wurde. Ferner fragt sie unter anderem, ob die Bundesregierung gedenkt, eine einheitliche Regelung zur bundesweiten Einführung der Gesundheitskarte für Asylsuchende zu treffen.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Linke fragt nach Frauengesundheitsbericht**  
Nach einem zweiten Nationalen Frauengesundheitsbericht erkundigt sich die Fraktion Die Linke in einer Kleinen Anfrage. Darin fragt sie, wann die Vorlage des zweiten Frauengesundheitsberichts der Bundesregierung beabsichtigt ist. Auch will sie unter anderem wissen, ob der neue Frauengesundheitsbericht auch das Thema Versorgungssituation von Schwangeren beinhalten wird.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **16 Kleine Anfragen der FDP zur Anwendung des Persönlichen Budgets gemäß SGB IX in den Bundesländern**

Die FDP-Fraktion erkundigt sich in 16 Kleinen Anfragen nach der Anwendung des Persönlichen Budgets gemäß § 29 SGB IX in den einzelnen Bundesländern. Sie will von der Bundesregierung u.a. wissen, wie hoch in den jeweiligen Bundesländern die Inanspruchnahme des Rechtsanspruchs auf das Persönliche Budget ist und was die Bundesregierung beabsichtigt, um die Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets zu verbessern.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Grüne fordern mehr Psychotherapeut\*innen für Gehörlose**

Von den bundesweit rund 34.400 psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut\*innen sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut\*innen haben 39 Kenntnisse in der Gebärdensprache. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Bundestag hervor. Die Angaben beruhen auf einer Selbstauskunft, die die Therapeut\*innen für das Bundesarztregister 2018 gemacht haben. Wie das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) weiter schreibt, erlaubt die Zahl allerdings keine Aussage dazu, ob die Psychotherapeut\*innen auch tatsächlich Therapien in Gebärdensprache anbieten. Nach Auffassung der Grünen ist die Zahl viel zu gering. „Eine bedarfsgerechte Versorgung gehörloser Personen ist so nicht gewährleistet“, betonte Corinna Rüffer, Sprecherin für Behindertenpolitik der Grünen-Bundestagsfraktion. Sie wies darauf hin, dass es für Menschen mit kognitiven oder Hörbeeinträchtigungen besonders schwierig sei, psychotherapeutische Angebote zu finden, die sie nutzen könnten. Die Politikerin begrüßte zwar, dass im vergangenen Oktober die Psychotherapie-Richtlinie angepasst wurde, sodass kognitiv beeinträchtigte Menschen mehr Zeiteinheiten erhalten und auf Wunsch Bezugspersonen einbeziehen können. Positiv sei auch, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen durch das Terminservice- und Versorgungsgesetz verpflichtet seien, behinderte Menschen über Zugangsmöglichkeiten zur Versorgung zu informieren. Dennoch reiche das vorhandene Angebot „bei Weitem nicht aus, um behinderten Menschen den Zugang zur psychotherapeutischen Versorgung in ausreichendem Umfang zu ermöglichen“. Sie forderte, dass bereits in der Psychotherapieausbildung die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen vermittelt werden. Wünschenswert wäre außerdem ein verbessertes Angebot für Therapeut\*innen zum Erlernen der Deutschen Gebärdensprache.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Kinder und Jugendliche

---

- **Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zu „Kindeswohl und digitalisierte Gesellschaft“**

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages (<https://www.bundestag.de/kiko>) hat nach zahlreichen Expertengesprächen einstimmig die Stellungnahme „Kindeswohl und digitalisierte Gesellschaft: Chancen wahrnehmen – Risiken bannen“ verabschiedet. Bund und Länder sollen unter anderem dafür sorgen, dass Medienanbieter einheitliche Kinderschutzstandards verpflichtend einhalten, dass Missbrauchsdarstellungen den Strafverfolgungsbehörden gemeldet werden und dass die Erforschung des technischen Jugendschutzes ausgebaut wird. Außerdem soll die Strafverfolgung verbessert werden. Die Kinderkommission empfiehlt auch dringend eine bessere Beratung von Eltern und pädagogischen Fachkräften über den Umgang mit digitalen Medien; den Ländern wird empfohlen, abgestufte Bildungskonzepte mit dem Ziel der Medienmündigkeit zu entwickeln, ohne auf die klassischen Schulfächer zu verzichten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Das „ABC der Beteiligung“ in der Kindertagesbetreuung: jetzt auch als PDF**

Partizipation in der Kindertagesbetreuung: 47 Begriffserklärungen, Alltagsbeispiele, Umsetzungstipps. Der Paritätische Gesamtverband will die Partizipation und Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung fördern und hat dazu unter [www.kita.paritaet.org](http://www.kita.paritaet.org) viele Informationen bereitgestellt. Das Angebot umfasst neben einer umfangreichen [Mediathek](#) zu den Themen Partizipation, Beschwerden und

Kinderrechte u.a. praktische Arbeitshilfen, Literatur und Materialien auch das auf mittlerweile 47 Begriffe angewachsene „ABC der Beteiligung“. Dieses steht nun auch als [PDF](#) zur Verfügung. Erkunden Sie zum Projekt die entsprechende [Website](#).

- **2. Welle der Initiative Kinderrechte ins Grundgesetz - Jetzt!**  
Überall in Deutschland sollen am Freitag, den 20. September 2019 (Weltkindertag) Aktionen stattfinden, bei denen Kinder und Jugendliche klar machen: Kinderrechte ins Grundgesetz, jetzt! Dieser Aufruf zum Mitmachen richtet sich vor allem an Kinder und Jugendliche und erklärt die Aktion.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Angestellte

---

- **Prekäre Situation in den Kliniken muss verbessert werden**  
Die DGVT hatte zur Beteiligung am Ver.di-Versorgungsbarometer Krankenhauspsychiatrie aufgerufen. Die Gewerkschaft Ver.di bereitet derzeit einen bundesweiten Aktionstag zur Situation der Krankenhauspsychiatrie am 10. September 2019 vor. Hintergrund sind die Pläne des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), im September neue Richtlinien zur Psychiatrie-Personalverordnung (PsychPV) zu veröffentlichen. Um auf die tatsächliche Lage aufmerksam zu machen, hatte die Gewerkschaft bis zum 16. August zur Teilnahme an einer Umfrage aufgerufen, die die DGVT unterstützt hatte. Die Ergebnisse wurden beim Aktionstag am 10. September in Form eines Versorgungsbarometers vorgestellt.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Niedergelassene

---

- **ICD-10-GM Version 2020: Vorabfassung veröffentlicht**  
Das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) hat die Vorabfassung von ICD-10-GM Version 2020 veröffentlicht und auf seiner Internetseite online gestellt. Darauf weist das Institut am 24. Juli 2019 hin. In der endgültigen amtlichen Fassung könnten sich noch Änderungen gegenüber dieser Vorabfassung ergeben. In die vorläufige Fassung sind Änderungen eingegangen, die sich aus dem Vorschlagsverfahren für die Version 2020 und dem Kalkulationsverfahren des InEK (Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus GmbH) ergeben haben. Die endgültige amtliche Fassung der ICD-10-GM Version 2020 veröffentlichen wir, sobald letzte offene Fragen geklärt sind.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **E-Health: Gesundheits-Apps – Eine Information der Deutschen Aidshilfe**  
Die Deutsche Aidshilfe hat eine Informationsbroschüre zu E-Health-Anwendungen veröffentlicht. Health-Apps sind groß im Kommen. Sie werten aus, wie viele Schritte wir gelaufen sind und wie lange wir geschlafen haben und ermöglichen uns, medizinische Daten zu erfassen. Seit Kurzem sind auch Krankenkassen mit Gesundheits-Apps auf dem Markt und bieten diese ihren Versicherten an. Diese Apps sollen die Kommunikation mit Ärzt\*innen, Apotheker\*innen und anderem medizinischen Personal erleichtern, Doppeldiagnosen verhindern und auf mögliche Medikamenteninteraktionen hinweisen. Die Gesundheits-Apps der Krankenkassen sind Teil einer größeren „E-Health“-Strategie und werden das Gesundheitssystem von Grund auf verändern. Die Deutsche Aidshilfe hat sich die Entwicklungen etwas genauer angesehen und zeigt in ihrem neuen HIVreport sehr anschaulich und verständlich, was E-Health-Anwendungen insbesondere auch für Menschen mit HIV bedeuten können.  
Der Report ist [hier](#) zu finden.
- **Schiedsamt erneut bei Finanzierungsvereinbarung für Telematikinfrastruktur gefragt**  
Die Krankenkassen wollen die Pauschale für den Konnektor zum Anschluss der Praxen an die Telematikinfrastruktur rückwirkend zum 1. Juli deutlich absenken. Die KBV lehnt das strikt ab; sie sieht

stattdessen Anpassungsbedarf bei den Kartenterminals. Nun muss das Schiedsamt über die neue Finanzierungsvereinbarung entscheiden. Der GKV Spitzenverband beruft sich bei seiner Forderung auf Preisrecherchen, wonach ein Konnektormodell deutlich günstiger erhältlich sei, als in den aktuellen Erstausstattungspreisen abgebildet. Diese betragen derzeit 1.982 Euro, wobei 1.547 Euro für den Konnektor und 435 Euro für ein stationäres Kartenterminal vorgesehen sind.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Antwort des Bundesgesundheitsministerium auf DGVT-BV-Anfrage zur Kostenübernahmepflicht für Drogenscreenings gemäß § 26 Abs. 2 der Psychotherapie-Richtlinie**

Mit Schreiben vom 1. Juli 2019 hat sich der DGVT-BV anlässlich des Weltdrogentags an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn gewandt. Gegenstand des Schreibens war die Forderung nach verlässlicher Finanzierung von Suchtberatungsstellen und Angeboten zur Suchtprävention. Der DGVT-BV hat in seinem Schreiben auch erneut auf die Unterversorgung insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie aufmerksam gemacht. Das komplette Anschreiben finden Sie [hier](#). In diesem Zusammenhang hat der DGVT-BV auch um eine Klarstellung zur Kostenübernahmepflicht der gesetzlichen Krankenkassen hinsichtlich des Drogenscreenings gemäß § 26 Abs. 2 der Psychotherapie-Richtlinie gebeten.

Mit Schreiben vom 25. Juli 2019 hat uns eine Antwort von Ministerialrätin Gaby Kirschbaum hierzu erreicht. Darin wird auf eine G-BA-Entscheidung von April 2011 verwiesen, mit der eine Ausnahmeregelung von der Beschränkung der Zulässigkeit der ambulanten Psychotherapie auf den Zustand der Suchtmittelfreiheit bzw. Abstinenz geschaffen wurde. Danach hat die Suchtmittelfreiheit gemäß Psychotherapie-Richtlinie bis zum Ende von maximal zehn Behandlungsstunden „anhand eines geeigneten Nachweises“ zu erfolgen. In der G-BA-Entscheidung heißt es weiter, dass dieser Nachweis anhand von Laborwerten zu führen sei, wenn diese Form des Nachweises geeignet sei. Um welche Laborwerte es sich dabei handle, sei ins Ermessen des\*r bescheinigenden Ärzt\*in gestellt. „Insoweit bedarf es keiner weiteren Klarstellung“ zur Kostenübernahmepflicht der gesetzlichen Krankenkassen, schreibt Ministerialrätin Kirschbaum.

- **Einigung bei Honorarverhandlungen für 2020**

KBV und der GKV-Spitzenverband haben ihre Honorarverhandlungen für 2020 abgeschlossen. Neben einer geringen Preissteigerung für ärztliche und psychotherapeutische Leistungen vereinbarten sie Verbesserungen für die Vergütung der Humangenetik und von Videosprechstunden. Der sogenannte Orientierungswert, auf dessen Grundlage die Preise für alle vertragsärztlichen und -psychotherapeutischen Leistungen berechnet werden, steigt demnach zum 1. Januar 2020 um 1,52 Prozent – im vergangenen Jahr war eine Steigerung um 1,58 Prozent verhandelt worden. Ab dem kommenden Jahr beträgt der Orientierungswert 10,9871 Cent (aktuell: 10,8226 Cent). Die Anhebung entspricht einer Honorarsteigerung von rund 565 Millionen Euro. Der Orientierungswert bestimmt maßgeblich die Preise der ärztlichen und psychotherapeutischen Leistungen und wird jedes Jahr neu verhandelt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Regionales

---

- **Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben in Brandenburg am höchsten**

Die Gesundheitsausgaben lagen 2017 zwischen 2,7 Mrd. Euro in Bremen und 81,8 Mrd. Euro in Nordrhein-Westfalen. In Brandenburg waren die Pro-Kopf-Ausgaben mit 4.858 Euro am höchsten und in Bremen mit 4.007 Euro am niedrigsten. Das geht aus einer neuen Berechnung der Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ hervor, über die das Deutsche Ärzteblatt am 08.08.2019 berichtete. Basis der Berechnung sind Daten der Statistischen Landesämter. Danach waren die Anteile der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in Hamburg mit 6,9% am geringsten und in Mecklenburg-Vorpommern mit 17,3% am höchsten. Im Bundesdurchschnitt machten die Gesundheitsausgaben 11,5% des Bruttoinlandsproduktes aus. Die Gesundheitsausgaben stiegen 2017 im

Vergleich zum Vorjahr laut der Berechnung durchschnittlich um 4,7%. In Sachsen war der größte Anstieg mit 5,7% zu verzeichnen. Für Sachsen-Anhalt ermittelten die Statistiker\*innen die geringste Zunahme mit 4,0%.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Stellungnahme der Landesregierung Baden-Württemberg zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen veröffentlicht**

Die Antwort der Landesregierung auf den Antrag von Dorothea Wehinger der Grünen Landtagsfraktion liegt vor. Die Stellungnahme umfasst sowohl die Handlungsbedarfe, die sich aus der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung und Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Baden-Württemberg ergeben, als auch eine Beschreibung des aktuellen Umsetzungsstands des Landesaktionsplans gegen Gewalt an Frauen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Migrant\*innen werden zu Gesundheitsmediatoren**

In den bayerischen Städten Hof, Bayreuth und Landsberg am Lech sind drei neue Projektstandorte des interkulturellen Gesundheitsprojekts „Mit Migranten für Migranten“ (MiMi Bayern) eingerichtet worden. Nach Angaben des bayerischen Gesundheitsministeriums werden nun an insgesamt 15 Orten in Bayern gut integrierte Migranten zu interkulturellen Gesundheitsmediatoren geschult. Infos werden in 45 Sprachen weitergegeben.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **In Brandenburg fehlen weiterhin Ärzt\*innen**

Obwohl sich die ambulante Versorgung der Brandenburger\*innen verbessert hat, müssten nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Potsdam noch 45 freie Arztsitze besetzt werden. Wie das Ärzteblatt am 29. Juli 2019 berichtet, ging das aus einer Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage im Landtag hervor. 90% davon entfielen auf Allgemeinmediziner\*innen. Den Angaben nach stieg die Zahl der niedergelassenen Vertragsärzt\*innen zwischen 2010 und 2018 von 1.540 auf 1.636. Die Fachärzt\*innen nahmen sogar von 1.676 auf 2.224 zu. Dennoch klagten Patient\*innen immer wieder über lange Wartezeiten auf einen Termin. Das liege auch daran, dass die niedergelassenen Ärzt\*innen in Brandenburg mit 733 Einwohner\*innen pro Vertragsärzt\*in bundesweit die meisten Patient\*innen hätten. Im Bundesdurchschnitt seien es lediglich 680.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **1.365 Beamte in Hamburg nutzen Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung**

Ein Jahr nach dem Start des Hamburger Modells haben sich 1.365 Beamte beziehungsweise Versorgungsempfänger\*innen für einen Zuschuss zur GKV anstelle der privaten Krankenversicherung entschieden. Das teilte das Gesundheitsministerium mit. Wie das Ärzteblatt am 02.08.2019 berichtet, sagte Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks, von der Einführung der pauschalen Beihilfe profitierten vor allem diejenigen, die sich die Beiträge zur Privaten Krankenversicherung nicht leisten könnten. Beamte mit vielen Kindern, einem geringen Verdienst oder Vorerkrankungen würden so finanziell spürbar entlastet. Trotz der Nachfrage seien die Kosten geringer als anfänglich geschätzt. Sie betrügen jährlich knapp 3,7 Mio. statt der ursprünglich veranschlagten 5,8 Mio. Euro.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Hessen: Land prüft Fonds für anonyme Krankenbehandlungen**

Wie der Ärztliche Nachrichtendienst änd am 11. August 2019 berichtet, prüft Hessens schwarz-grüne Landesregierung die Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung anonymer Behandlungen. Eine Sprecherin von Sozialminister Kai Klose (Grüne) verwies auf den Koalitionsvertrag. Dabei gehe es auch um Modelle aus anderen Ländern zum anonymen Krankenschein. Aus verschiedenen Gründen gebe es Menschen, „die die medizinische Regelversorgung nicht in Anspruch nehmen können“, erklärte die Sprecherin. Ein Fonds könne die medizinische Versorgung beispielsweise für Menschen ohne Papiere, Obdachlose oder andere nicht krankenversicherte Bürger\*innen sicherstellen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Hessen: Patientin hat nach Fixierung ohne richterliche Genehmigung Anspruch auf Schmerzensgeld**  
Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hat entschieden, dass das Land Hessen einer Patientin wegen ihrer Fixierung und Zwangsmedikationen in einer psychiatrischen Klinik ohne richterliche Genehmigung ein Schmerzensgeld in Höhe von 12.000 Euro zahlen muss. Die Fixierung stellt einen Eingriff in deren Grundrecht auf Freiheit der Person dar.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Termine – DGVT-Fortbildung

---

- **KIKOS Klopfen mit Kindern und Co – wie man Kind, Eltern und Lehrer\*innen unter einen Hut bekommt**  
Start der Reihe am 06.-07.09.2019 in Berlin  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment Therapie (ACT) – Einführung**  
07.-08.09.2019 in Potsdam  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Verhaltenstherapie in Gruppen - Ergänzungsqualifikation zur Abrechnungserweiterung**  
Seminar 1: Gruppenpsychotherapie mit Kindern und jungen Erwachsenen  
Start der Reihe am 14.-15.09.2019 in Konstanz  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Auf den Hund gekommen ... Über den Einsatz von Hunden in der Psychotherapie mit Kindern und Jugendlichen**  
21.-22.09.2019 in Hannover  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychotherapie ist Sprachkunst**  
27.-28.09.2019 in Dortmund  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **CBASP - Psychotherapie bei chronischer Depression – Aufbauworkshop**  
28.-29.09.2019 in Frankfurt am Main  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Schematherapie – Einführungworkshop**  
04.-05.10.2019 in Stuttgart  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Spieltherapeutische Interventionen in der Verhaltenstherapie**  
Start der Reihe am 11.10.2019 in Reutlingen  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Schmerzpsychotherapie – Schmerzen verstehen**  
12.10.2019 in Stuttgart  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Selbstfürsorge für Psychotherapeut\*innen**  
18.-19.10.2019 in Wangen im Allgäu  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie – Aufbauseminar: Beziehungssexualität als Thema der Paartherapie**  
18.-19.10.2019 in Berlin  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Gruppenverhaltenstherapie**  
01.11.2019 in Hannover  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie – Aufbauseminar: Konfrontationen in der Paartherapie – Wer? Wann? Wie? Warum?**  
15.-16.11.2019 in Berlin  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Schlafstörungen behandeln**  
16.11.2019 in Hamburg  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Traumatherapie – Einführung**  
23.-24.11.2019 in München  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Suizidalität – Risikoabschätzung & Krisenintervention**  
23.11.2019 in Münster  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Aufschiebeverhalten und Depression**  
30.11.2019 in Hamburg  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Impact Therapy**  
07.12.2019 in Stuttgart  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment Therapie (ACT) in der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie**  
13.-14.12.2019 in Frankfurt am Main  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Dialektisch Behaviorale Therapie (DBT) der Borderline Störung**  
Start der Reihe am 25.01.2020 in Münster  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Termine – DGVT-BV-Fortbildung

---

- **Abrechnung nach der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) für KJP (Webinar)**  
02.10.2019, online über die Plattform "clickmeeting"  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) und der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) für PP**  
26.10.2019 in Bochum  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) und der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) für KJP**  
27.11.2019 in Krefeld  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) für PP (Webinar)**  
28.11.2019, online über die Plattform "clickmeeting"  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Wirtschaftliche Praxisführung**  
29.-30.11.2019 in Hamburg  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Basics der Abrechnung – leicht erklärt (Webinar)**  
09.01.2020, online über die Plattform "clickmeeting"  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) für KJP (Webinar)**  
04.03.2020, online über die Plattform "clickmeeting"  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) für PP (Webinar)**  
05.03.2020, online über die Plattform "clickmeeting"  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Termine – Tagungen

---

- **7. Tagung Psychotherapie-State-of-the-Art: Körper - Seele - Mensch**  
14.-15.09.2019 in Münster  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **18. DGVT-Praxistage der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie:  
Von Macht und Ohnmacht - Gewalt als Thema in der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie**  
09.-10.11.2019 in Konstanz. Frühbuchepreis bis 22.09.!  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Termine der Landesgruppen

---

- **Hamburg**  
Das quartalsmäßige Familientreffen für DGVT-Mitglieder findet am Montag, 9. September 2019 um 19.00 Uhr im DGVT-Ausbildungszentrum, Seewartenstr. 10, Raum Tübingen statt. Eine detaillierte Einladung finden Sie [hier](#).
- **Niedersachsen**  
Die regionale Mitgliederversammlung mit Fortbildung findet am Samstag, den 19. Oktober 2019 von 10.00 – 16.00 Uhr im großen Saal des Freizeithaus Vahrenwald (Vahrenwalder Straße 92, 30165 Hannover) statt. Wir beginnen um 10.00 Uhr mit einer Fortbildung zum Thema "Systemische Therapie". Die Fortbildung ist zur Akkreditierung bei der Psychotherapeutenkammer Niedersachsen angemeldet. Nach der Fortbildung findet unsere Mitgliederversammlung statt. Gemeinsam mit den Mitgliedern möchten wir unsere fach- und berufspolitische Arbeit reflektieren und Schwerpunkte aus Sicht der Mitglieder thematisieren. Eine detaillierte Einladung und Informationen zur Anmeldung finden Sie [hier](#).
- **Nordrhein-Westfalen**  
Die DGVT-BV-Veranstaltung „Terminservice- und Versorgungsgesetz TSVG - Was kommt jetzt auf Sie zu?“ findet am Donnerstag, 17. Oktober 2019 um 18.30 – 20.30 Uhr in der KVWL Dortmund (Robert-Schirrigk-Str. 4-6, 44141 Dortmund) statt. Detaillierte Informationen sowie das Anmeldeformular finden Sie im [Flyer](#).
- **Rheinland-Pfalz**  
Die DGVT-BV-Veranstaltung "Psychotherapie in der Kostenerstattung mit Kassenwatch" (Dr. Felicitas Bergmann) findet am Dienstag, 10. September 2019 um 19.00 Uhr in Mainz (Novotel Mainz, Augustusstr. 6, 55131 Mainz) statt. Kassenwatch ist eine interaktive Datenbank, in der einzelne Fallmeldungen zu Ablehnungen, Verzögerungen und Rechkürzungen durch Krankenkassen in der Kostenerstattung eingetragen werden können. Eine detaillierte Einladung finden Sie [hier](#).
- **Schleswig-Holstein**  
Das Kennenlern-Treffen von KamOn (berufsverbandsübergreifende Wählervereinigung von Kammermitgliedern der Psychotherapeutenkammer Schleswig-Holstein) findet am Donnerstag, 12. September 2019, um 19.00 Uhr im Hotel Prisma (Max-Johannsen-Brücke 1, 24537 Neumünster) statt. Detaillierte Informationen zum Treffen sowie die Kontaktdaten zur Anmeldung finden Sie am Ende des KamOn-[Newsletters](#).